

Massive Drohung

Bonn schwenkt jetzt auch in der Nicaragua-Politik auf Reagan-Kurs. Der Lateinamerika-Beauftragte des Auswärtigen Amtes, Horst Kullak-Ublick, lud letzte Woche den nicaraguanischen Botschafter vor und drohte, Bonn werde auf sofortige Rückzahlung aller Schulden des Landes bestehen, fünf bereits ausgehandelte Projekte der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern streichen und die Abkommen zwischen dem Deutschen Entwicklungsdienst und Nicaragua noch einmal überprüfen. Gleichzeitig verlangte Bonns Botschafter Horst Heubach in Managua eine ausdrückliche Entschuldigung für eine angebliche Entgleisung des nicaraguanischen Staatschefs Daniel Ortega. Hintergrund: Ortega hatte die Bundesregierung während seines Besuchs in Ost-Berlin vorletzte Woche einen „Komplizen der USA“ genannt.

„Vorwärts“ gefährdet

Die SPD will ihr 109 Jahre altes Wochenblatt „Vorwärts“ aufgeben. Allein in diesem Jahr wird die Zeitung einen Verlust von rund 1,7 Millionen Mark einfahren, in den letzten Monaten sank die Zahl der Abonnenten um 7000 auf nur noch 46 000. Die „Vorwärts“-

Entwicklung, klagt SPD-Bundesschatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski, sei „katastrophal“. Ende des Monats wird über zwei Modelle verhandelt – Einstellung bis zum Herbst oder Verkauf an einen Verleger, der im Gegenzug den Druckauftrag für das Mitgliederblatt „Sozialdemokrat Magazin“ („SM“) bekommen soll.

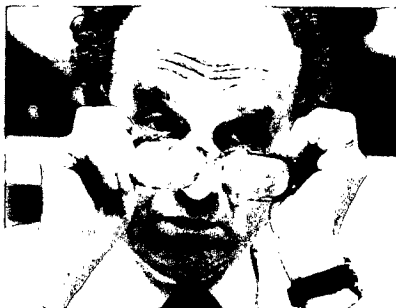
Ärger mit Sender

Bundeswehr-Soldaten mischen jetzt auch im Kampf um Afghanistan mit. Major Erik Hanns Kothny, 45, vom Wehrbereichskommando V in Stuttgart hat eine „Gesellschaft für Menschenwürde, Befreiung und Humanität“ (G.M.B.H.) gegründet, die in Afghanistan einen 30 Watt starken UKW-Sender betreibt. Das Geld für den 30 000 Mark teuren Guerilla-Sender, der über Pakistan ins Land geschmuggelt wurde, haben westdeutsche Spender eingebracht. Kothny will mit seiner Initiative die „Freiheitskämpfer und Bevölkerung in Afghanistan über die humanitären Grenzen hinaus unterstützen“ und demnächst dafür auch afghanische Journalisten bei westdeutschen Verlagen ausbilden lassen. Ärger mit dem selbsternannten Kämpfer in Uniform hat vorerst die Bundesregierung: Der Geschäftsträger der westdeutschen Botschaft in Afghani-



Spendensammler Kothny

stan wurde ins Außenministerium in Kabul bestellt und erhielt einen scharfen Protest wegen des Senders. Nützen wird der diplomatische Rüffel kaum, zu Kothnys Förderern zählen außer zahlreichen Bundeswehr-Reservisten auch der Esslinger CDU-Bundestagsabgeordnete Otto Hauser.



Ex-Wirtschaftsminister Lambsdorff

Start im August

Am 29. August soll in Bonn endgültig der Prozeß gegen den früheren Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, den ehemaligen Dresdner-Bank-Chef Hans Friderichs und den Ex-Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch beginnen. Diesen Termin hat der Vorsitzende der 7. Großen Strafkammer des Landgerichts Bonn, Hans-Henning Buchholz, jetzt festgelegt. Neben dem Vorwurf der Bestechlichkeit beziehungsweise Bestechung im Zusammenhang mit der Steuerbefreiung von

850 Millionen Mark für den Flick-Konzern wird das Gericht, das mit drei Berufs- und zwei Laienrichtern besetzt ist, möglicherweise auch die Ende 1984 nachgeschobene Anklage wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Steuerhinterziehung verhandeln. Über ihre Zulassung will die Kammer in dieser Woche entscheiden. Als diese Klage zwei damals einging, hatte das Gericht den ursprünglich für den 10. Januar 1985 angesetzten Starttermin wieder aufgehoben. Brauchitsch habe, so die Staatsanwaltschaft, 34 Millionen Mark Steuern hinterzogen, Lambsdorff als „Täter wie auch als Gehilfe“ 2,25 Millionen.

Ebenfalls für den August hat die Erste Große Strafkammer des Landgerichts Bonn den Beginn der Hauptverhandlung gegen den ehemaligen Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, und dessen langjährigen Vertrauten, Ex-Ministerialdirektor Edgar Hirt, angesetzt. Beiden wird vorgeworfen, bei heiklen Aktionen für den Freikauf im Osten einsitzender Häftlinge 5,6 Millionen Mark veruntreut und Urkunden unterdrückt zu haben.

DDR will nach Seoul

SED-Chef Erich Honecker hat einen heftigen parteiinternen Streit um die Teilnahme der DDR an den Olympischen Spielen 1988 in Süd-Korea entschieden – gegen seinen eigenen Kronprinzen Egon Krenz. Politbüromitglied Krenz, in der SED-Spitze für Jugend und Sport zuständig, vertrat bisher die Moskauer Linie, nach Los Angeles 1984 auch auf Seoul 1988 zu verzichten. Deshalb hatte er in der Vergangenheit mehrfach den Präsidenten des ostdeutschen Turn- und Sportbundes (DTSB), Manfred Ewald, intern attackiert, weil der die ostdeutsche Staatsführung frühzeitig auf eine Beteiligung in Seoul festlegen wollte. Der DTSB-Präsident, den die Krenz-Angriffe dermaßen mitnahmen, daß er für längere Zeit erkrankte, setzte sich schließlich durch. Bei der Konstituierung des „Fest- und Spartakiadekomitees“ zum VIII. Turn- und Sportfest und zur XI. Kinder- und Jugendspartakiade 1987 in Leipzig legte sich Honecker am 10. Mai öffentlich fest. Die Leistungssportler der DDR, verkündete der Staatsratsvorsitzende, stünden „im langfristigen Training für die Olympischen Spiele 1988. Wir haben alle Grund zu der Annahme, daß sich unsere Sportlerinnen und Sportler sehr intensiv darauf vorbereiten werden“.